



### Presseschau vom 29.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

de.sputniknews.com: Australien widerspricht USA: Russland stellt keine Bedrohung dar  
Australien betrachtet laut der Außenministerin des Landes, Julie Bishop, weder Russland noch China als eine militärische Bedrohung.

Somit kommentierte Bishop in einem Interview mit dem TV-Sender Sky News die vom Pentagon-Chef James Mattis vorgestellte neue Strategie der nationalen Sicherheit der USA, in der behauptet wird, dass Russland und China „die existierende Weltordnung untergraben“ und die USA angeblich bedrohen würden.

„Wir haben eine eindeutig andere Sichtweise in Bezug auf Russland und China“, sagte die Außenministerin. „Wir sind nicht der Meinung, dass Russland und China für Australien eine militärische Bedrohung darstellen.“

Das Land werde weiterhin mit China zusammenarbeiten. „Wir führen mit China und anderen Ländern der Region gemeinsame Militärübungen durch und werden dies auch weiter tun“, betonte Bishop.

Am gleichen Tag teilte der australische Premierminister Malcolm Turnbull Journalisten mit, dass derzeit außer Nordkorea kein Land der Region feindliche Absichten gegenüber Australien demonstriere.

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viernal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo und Kalinowo**.**

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mmMörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: Wer Vetorecht-Entzug bei Uno für Russland will – russischer Politiker Kiew will laut dem Vorsitzenden der Kommission für Informationspolitik im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, erwirken, dass Russland als ständigem Mitglied des UN-Sicherheitsrates das Vetorecht aberkannt wird.

„Nur der Außenminister der Ukraine und Personen, die von der Weltpolitik und vom Völkerrecht nicht das Geringste verstehen, können vom Entzug des Vetorechts für Russland in der Uno träumen“, schreibt Puschkow auf seiner Twitter-Seite.

Wie der Ukraine-Beauftragte im US-Außenministerium, Kurt Volker, zuvor erklärte, wird man nicht versuchen, Russland das Vetorecht in der Uno wegen seiner Position zum Einsatz von Blauhelmen im Donbass abzuerkennen.

„Wenn es um die Uno geht, hat Russland selbstverständlich ein Vetorecht. Ich glaube nicht, dass jemand versuchen wird, dies zu ändern“, so Volker. Er ziehe so etwas überhaupt nicht in Betracht, ergänzte der Beauftragte.

Ukrainische Politiker, darunter Außenminister Pawel Klimkin, hatten wiederholt darauf bestanden, dass Russland das Vetorecht entzogen werden müsse. Klimkin bezeichnete die ständige Mitgliedschaft Russlands im UN-Sicherheitsrat als „fundamentales Problem“ und beschuldigte Moskau wegen der „Anheizung“ von Konflikten in Europa.

In einem Kommentar zu Klimkins Worten riet die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, dem ukrainischen Außenminister, „zunächst Ordnung im eigenen Haus zu schaffen, dort alles in Gang zu bringen und erst dann die Verbesserung der Arbeit internationaler Mechanismen in Angriff zu nehmen“.

Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates — Russland, die USA, China, Frankreich und Großbritannien – besitzen das Vetorecht, das es ermöglicht, jede Resolution der Weltorganisation zu stoppen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31655/87/316558719.jpg>

de.sputniknews.com: Kreml-Falken als neues Anti-Drohnen-Kampfmittel?

Die Falken, über die der ornithologische Dienst des Moskauer Kremls verfügt, können laut einer Quelle aus Sicherheitsbehörden der russischen Hauptstadt im Kampf gegen Drohnen eingesetzt werden.

Die Quelle verwies gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti darauf, dass es

in Europa bereits eine solche Erfahrung im Einsatz von Vögeln gebe.

„Aber man muss verstehen, dass eine Falkenhenne etwa 1,2 bis 1,4 Kilogramm wiegt. Das Gewicht ist nicht so groß, deshalb wird es für sie schwer sein, selbst kleine Drohnen abzufangen. Derzeit gibt es eine solche Aufgabe nicht, aber theoretisch ist es möglich.“  
Der ornithologische Dienst des Moskauer Kremls verfügt über mehrere Falken und einen Uhu.

de.sputniknews.com: Papst Franziskus beginnt und beendet Tag „auf Ukrainisch“

Bei einem Besuch in der ukrainischen Gemeinde in Rom hat Papst Franziskus den Frauen aus der Ukraine gedankt, die in Italien als Alten- und Krankenpflegerinnen tätig sind. Er betete gemeinsam mit ihnen für den Frieden in ihrem Heimatland.

Papst Franziskus räumte ein, dass viele Ukrainer in Italien nicht nur mit Liebe in den Herzen, sondern auch mit Angst an ihre Heimat dächten – „wegen der Geißel des Krieges und wirtschaftlicher Schwierigkeiten“. „Ich bitte den Prinzen des Friedens, die Waffen in der Ukraine zum Schweigen zu bringen“, sagte er weiter.

Papst gab zudem zu, jeden Morgen und Abend die Ikone zu betrachten, die ihn an die Ukraine erinnere. „Ich will ihnen ein Geheimnis lüften. In der Nacht, bevor ich ins Bett gehe, und morgens, wenn ich aufwache, treffe ich mich stets mit den Ukrainern“, sagte Franziskus.

„Jeden Abend vor dem Schlafengehen küsse ich die Ikone der Heiligen Mutter Gottes, die mir Ihr Großbischof geschenkt hat. Morgens begrüße ich sie auch. Deswegen kann man sagen, dass ich den Tag auf Ukrainisch beginne und beende.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31904/66/319046632.jpg>

de.sputniknews.com: Kiew: Polizei lässt von Bürgern gefassten Triebtäter wieder frei

Die Einwohner von Kiew sind darüber empört, dass die Polizei einen Triebtäter, der mithilfe von Aktivisten festgenommen worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt hat. Darüber berichtet das ukrainische Portal Vesti.

„Die Fahnder hatten mithilfe von einheimischen Bürgern den Mann gefunden, verhört und ein prophylaktisches Gespräch mit ihm geführt. Der Tatverdächtige hat seine Schuld nicht eingestanden“, zitiert Vesti die Mitteilung der Polizei.

Die Untersuchung soll fortgesetzt werden. Der mutmaßliche Täter könne jedoch „aufgrund des fehlenden Tatbestandes“ und einer geringen Beweisbasis nur wegen Rowdytum zur Verantwortung gezogen werden.

Bei der Polizei waren zehn Anzeigen wegen Vergewaltigungsversuchen erstattet worden. Einheimische wollen den Täter „bei der Hand“ ins Polizeirevier gebracht haben. Doch die Polizisten haben die Festnahme des mutmaßlichen Täters sich selbst zugeschrieben. „Wir haben das getan, was zur Pflicht der Polizei gehört! Es waren mindestens 35 Männer, die ein Video und ein Foto von dem Mann gemacht, seine Adresse ermittelt und ihn bei der Hand in die Polizei gebracht hatten. Und sie (die Polizisten) haben ihn einfach freigelassen!“, schreibt einer der empörten Aktivisten auf Facebook.

**Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **sechsmal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **vier Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.**

de.sputniknews.com: Wegen „Bedrohung aus Russland“: Dänemark erhöht seine Militärausgaben

Dänemark wird laut seinem Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen die Militärausgaben in den nächsten sechs Jahren wegen einer „Bedrohung aus Russland“ um 2,14 Milliarden US-Dollar erhöhen, wie Reuters meldet.

„Die Bedrohung aus Russland ist real und nimmt zu, deswegen müssen wir Entschlossenheit bei der Verteidigung zeigen. Wir sind entschlossen“, so Rasmussen.

Somit sollen Medienberichten zufolge der Kampf gegen Cyber-Bedrohungen und internationale Einsätze Dänemarks finanziert werden. Kopenhagen plant Reuters zufolge die Bildung einer neuen Brigade mit 4000 Soldaten im Baltikum.

Zum Jahr 2023 sollen die Verteidigungsausgaben Dänemarks um 20 Prozent vergrößert werden. Der Militärhaushalt soll sich demnach auf 22 Milliarden Kronen (etwa 3,7 Milliarden US-Dollar) belaufen.

Zuvor hatte der britische Verteidigungsminister in einem Interview für die Zeitung „The Daily Telegraph“ erklärt, Russland könne angeblich Großbritanniens lebenswichtige Infrastruktur vernichten, was „Panik und Chaos“ im Land verursachen sowie tausenden Menschen das Leben kosten könnte.

**Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 6. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 63. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 8.**

**Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.**

de.sputniknews.com: „Er macht Frauen verrückt“: Lied über Putin mit Grammy gewürdigt  
Der US-amerikanische Komponist Randy Newman hat mit seinem Lied „Putin“ bei den Grammy-Awards in der Kategorie „Das beste Arrangement“ („Best Arrangement, Instruments and Vocals“) gewonnen. Dies geht aus dem offiziellen Twitter-Account des US-amerikanischen Musikpreises hervor.

Im Lied heißt es unter anderem, dass Russlands Präsident Wladimir Putin „seine Heimat

liebt“ und „einen Atomreaktor mit seiner linken Hirnhälfte steuern kann“. Wenn er „sein Hemd auszieht“, „macht er Frauen verrückt“.

„Den ‚Putin‘-Song mag ich übrigens am liebsten vom Album“, gab der Komponist in einem Interview für „Die Allgemeine Zeitung“ zu. Der nun siebenfache Grammy-Gewinner brachte nach langen Jahren mit „Dark Matter“ ein neues Album heraus.

„Ich finde seine Fotos mit nacktem Oberkörper umwerfend“, sagte Newman im gleichen Interview. „Der Ton des Songs ist in der Tat ein befürwortender, ihm zugewandter. Ich wollte ihn menschlich machen, ihm auch mal Zweifel zuschreiben.“

Randy Newman ist nicht nur ein Komponist, sondern auch Sänger, Songwriter und Pianist. Er ist mehrfacher Oscar- und Grammy-Preisträger. Er ist für seine Soundtracks zu den Filmen „Toy Story“, „Die Monster AG“ und „Küss den Frosch“ bekannt.

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/6Ya-FGHdBso" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/6Ya-FGHdBso>

de.sputniknews.com: Tschechien: „Moskaus Anwalt“ zum Präsidenten wiedergewählt  
Miloš Zeman hat am vergangenen Sonntag die Präsidentenstichwahl gewonnen. Das ist eine gute Nachricht für Moskau, denn Zeman, der sein Amt schon seit 2013 bekleidet, plädiert traditionell für die Entwicklung der Beziehungen zu Russland, schreibt die Zeitung „Moskowski Komsomolez“ am Montag.

Die erste Wahlrunde am 12. Januar hatte der amtierende Staatschef mit 38,6 Prozent der Stimmen gewonnen. Bei der Stichwahl bekam er 51,4 Prozent, während sein Herausforderer Jiří Drahoš von 48,6 Prozent der Tschechen unterstützt wurde.

Zeman ist ein Veteran der tschechischen Politik. Früher war er Vorsitzender des Parlamentsunterhauses, Ministerpräsident und der in der Geschichte des Landes erste Präsident gewesen, der bei einer Direktwahl gewählt wurde. Der Staatschef genießt den Ruf eines exzentrischen und nicht gerade für Political Correctness bekannten Politikers: So plädierte er für die Anerkennung der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim als „stattgefundene Tatsache“, nannte die Flüchtlingskrise in Europa eine „organisierte Invasion“ und sagte, dass die muslimische Kultur mit der europäischen „inkompatibel“ wäre.

Im Unterschied zur Position Brüssels trat Zeman immer für den Ausbau der Beziehungen zu China und Russland ein. Im November 2017 besuchte er beispielsweise in Begleitung von mehr als 100 Unternehmern Moskau.

„Als ich Frankreich besuchte, wurde ich von nur 14 Unternehmern begleitet, und jetzt sind es 140, woraus man schließen darf, dass Russland zehn Mal wichtiger als Frankreich ist“, sagte der tschechische Spitzenpolitiker damals. Zugleich versprach er, dass dabei bilaterale Abkommen für etwa 800 Millionen Euro unterzeichnet werden würden. Außerdem plädierte Zeman wiederholt für die Aufhebung sowohl der EU-Sanktionen gegen Russland als auch der russischen „Gegensanktionen“.

„Ihr bestraft einen Unschuldigen“, wandte er sich im Kontext der „Gegensanktionen“ an die russische Staatsführung.

Die EU-Expertin des russischen Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Anna Tschetwerikowa, sagte gegenüber der Zeitung „Moskowski Komsomolez“, dass sich Zemans Aufmerksamkeit für Russland vor allem auf die Wirtschaftsinteressen stütze.

„Die tschechischen Geschäftskreise sind unzufrieden damit, dass sie wegen der russischen Gegensanktionen einen Teil des russischen Marktes verloren haben. Außerdem versteht Zeman, wie wichtig der riesige russische Markt für tschechische Waren ist“, betonte die Expertin.

„Deshalb wird sich seine Einstellung gegenüber Russland wohl kaum verändern. Aber man kann nicht sagen, Tschechien würde im Rahmen der EU auf einer offenbar prorussischen Position stehen. Es geht eher um die Verteidigung der eigenen Interessen. Und zu den

Interessen der Visegrád-Gruppe, deren Mitglied Tschechien ist, gehört gerade die Erweiterung der eigenen Exportrichtungen, weil der Export den Hauptimpuls für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft gibt.“

Dan-news.info: „Heute Morgen gegen 07:00 haben ukrainische Truppen **Alexandrowka** mit Mörsern beschossen. Insgesamt wurden vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf die Ortschaft abgeschossen“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk Konstantin Tschalyj mit. Informationen über Verletzte und Schäden sind nicht eingegangen.

### **nachmittags:**

de.sputniknews.com: IPC schließt russisches Team von Winter-Paralympics aus  
Die russische Paralympics-Mannschaft ist von den Winterspielen in Pyeongchang ausgeschlossen worden, wie aus einer Meldung auf der offiziellen Seite des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) am Montag hervorgeht.

Einzelne Athleten dürften unter neutraler Flagge zu den Wettkämpfen der Paralympics, die vom 9. bis 18. März in Pyeongchang stattfinden, antreten.

Im Dezember 2017 hatte das IOC Dopingmissbrauch in Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Saubere russische Sportler dürfen zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge und dem Sonderstatus „Olympische Athleten aus Russland“.

Der Doping-Skandal in Russland war 2016 ausgebrochen, als ein entsprechender Bericht von Wada-Präsident Richard McLaren veröffentlicht wurde, dem zufolge es in Russland ein umfassendes Doping-System gegeben haben soll, von dem auch höchste Staatsbeamte gewusst hätten.

McLaren berief sich dabei zum Teil auf Grigori Rodtschenkow, der in die USA geflohen war und in einem großen Interview für die „New York Times“ sehr offen von vielen Manipulationen bei den Dopingtests russischer Sportler während der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi gesprochen hatte. Im Ergebnis all dessen können viele russische Athleten nicht mehr für ihr Land zu Wettkämpfen antreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31434/14/314341424.jpg>

Dan-news.info: „Heute ist es uns gelungen, den Transformator im Gebiet des Jushno-Donbasskij-Wasserwerks, der am 26. Januar durch Beschüsse beschädigt wurde, detailliert zu untersuchen. Bei der Untersuchung des Territoriums wurde klar, dass auch Stromleitungen beschädigt wurden, die repariert werden müssen“, teilte das kommunale Unternehmen Woda Donbassa mit.

Die Schäden wirken sich im Moment nicht auf den Betrieb des Unternehmens aus. Die betroffene Pumpstation wurde auf andere Leitungen umgeschaltet.

de.sputniknews.com: „Nie wieder Teil der Ukraine“: Krim-Chef nennt Halbinsel „uneinnehmbare Festung“

Laut Sergej Aksjonow, dem Oberhaupt und Regierungschef der Republik Krim, hat keiner der ukrainischen Präsidenten der Schwarzmeerhalbinsel so viel Aufmerksamkeit gewidmet wie der russische Präsident Wladimir Putin.

In einem Interview mit der nichtkommerziellen Nachrichtenorganisation National Public Radio (NPR) sagte Aksjonow, dass die Halbinsel für immer in den Staatsbestand Russlands zurückgekehrt sei.

„Die Krim wird niemals wieder der Ukraine angehören, und es wäre sinnlos, irgendwelche Bedingungen für das Durchsetzen dieses Ziels zu stellen“, so der Republikchef.

Die Halbinsel ist zu einer „uneinnehmbaren Festung“ geworden, die aus militärischer Sicht durch nichts bedroht sei, so Aksjonow weiter. Was die Sanktionen gegen die Krim betreffe, so hätten sie sich fast nicht auf die regionale Wirtschaft ausgewirkt.

Zum Thema Krim-Brücke sagte Aksjonow, der Kraftverkehr solle dort noch in diesem Jahr und der Eisenbahnverkehr im kommenden Jahr aufgenommen werden.

Wie der Ex-Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim und Rada-Abgeordnete Sergej Kunizyn zuvor gesagt hatte, hätten die ukrainischen Behörden im Jahr 2014 erwogen, umfassende Vollmachten an die Krim zu delegieren, deren Rückkehr zur Verfassung von 1992 – diese war von den Abgeordneten des damaligen Parlaments in Simferopol verabschiedet worden — zu fördern und somit die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland zu verhindern. Die ukrainische Führung habe sich dabei aber „um eine Woche verspätet“, weil sie nicht dazu gekommen sei, einen Beauftragten für die Krim-Frage einzusetzen.

Nach einem Referendum im März 2014, bei dem 93 Prozent der Krim-Bewohner für den

Russland-Beitritt stimmten, hatten sich die Halbinsel Krim und die Stadt Sewastopol mit Russland wiedervereinigt.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte weiterhin das Regime der Feueereinstellung verletzt. Auf die Gebiete der vier Ortschaften **Alexandrowka, Sajzewo, Jasinowataja und Spartak** hat der Gegner 24 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen und fünf Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben sowie mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Unsere Aufklärung hat Feuerpositionen von von den Minsker Vereinbarungen verbotener Artillerie in der Zone entdeckt, wo schwere Waffen nicht zugelassen sind. So in den Gebieten folgender Ortschaften:

Kurachowo (17 km von der Kontaktlinie) – es wurden Feuerpositionen von drei Artilleriegeschützen „Gwosdika“ des Kalibers 122mm aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade entdeckt;

Shelannoje Wtoroje (11 km von der Kontaktlinie) – es wurde die Stationierung von vier Haubitzen D20 des Kalibers 152mm aus dem Bestand der 57.

Panzergrenadierbrigade bemerkt.

Ich will daran erinnern, dass sich Artillerie gemäß den unterzeichneten Vereinbarungen in einer Entfernung von mindestens 50km von der Kontaktlinie befinden muss.

Der vermeintliche Waffenstillstand hat von Seiten der ukrainischen Streitkräfte deshalb begonnen, weil der Kommandeur der ATO A. Sabrodskij vom Leiter des Generalstabs W. Mushenko eine strenge Rüge wegen grober Verletzungen der Minsker Vereinbarungen und des Verbots zur Eröffnung des Feuers während des Neujahrswaffenstillstands durch die Truppen erhalten hat.

Sabrodskij kann in den Truppen keine Ordnung schaffen, weil die nationalistischen Einheiten sich gegenüber dem Kommandeur der ATO und den ukrainischen Streitkräften im Ganzen völlig desinteressiert verhalten und weiter provokative Beschüsse des Territoriums unserer Republik durchführen. So zeigen sie das Unvermögen der militärischen Führung bei der Kontrolle der Situation in der ATO-Zone.

Die Volksmiliz hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet.

Die Soldaten der Volksmiliz erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und der Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und zur Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

de.sputniknews.com: Sinnlos und unbegründet: Europa verärgert über neue US-Sanktionen Russlands Vizepremier Arkadi Dworkowitsch hat die neuen US-Sanktionen gegen Russland als sinnlos und unbegründet bezeichnet, schreibt die „Rossijskaja Gaset“ am Montag.

„Sowohl diese als auch frühere Sanktionen sind sinnlos und unbegründet, sie führen nicht zu irgendeinem positiven Ergebnis für die USA oder noch jemanden in der Welt“, sagte Dworkowitsch. Sanktionen schaden allen, doch man sollte weiter arbeiten und bessere Ergebnisse erreichen, so Dworkowitsch.

Das US-Finanzministerium hatte am Freitag weitere Sanktionen gegen Russland verhängt.

Auf die Sanktionsliste wurden 21 Personen gesetzt, darunter der stellvertretende Energieminister Andrej Tscheresow und der Abteilungsleiter des Energieministeriums Jewgeni Grabtschak. Zudem stehen ab jetzt neun weitere Unternehmen auf der Sanktionsliste, darunter Tochterfirmen von Surgutneftegas, Silowyje Maschiny und Technopromexport. Die

Sanktionen betreffen vor allem jene, die hochtechnologische Ausrüstung und Technologien aus dem Ausland bekommen.

„Natürlich ist das schlecht, weil wir die fortgeschrittenen Technologien jetzt sehr brauchen“, sagte die Professorin der Russischen Akademie für Volkswirtschaft, Natalja Karpowa. Allerdings gebe es hier nichts Fatales. Sie führte ein Beispiel aus den Zeiten der Sowjetunion an, als der Koordinierungsausschuss für Exportkontrolle, zu dem 19 führende Länder mit den USA an der Spitze gehörten, eine Liste von fortgeschrittenen Technologien erstellte, die nicht an die Sowjetunion und andere sozialistische Länder geliefert werden durften. Allerdings sei die sowjetische Wissenschaft eine der besten weltweit gewesen, so die Expertin.

„Heute wiederholt sich dasselbe Szenario – in unser Land werden erneut keine fortgeschrittenen Technologien gelassen. Hoffentlich wird das ein Antrieb sein, um unsere eigene Wissenschaft und Industrie zu entwickeln“, sagte Karpowa.

Auch Europa zeigte sich unzufrieden mit den neuen US-Sanktionen gegen Russland. Die Verbote belasten stark die europäische Wirtschaft. Vor allem wird Deutschland betroffen, das hochtechnologische Lösungen auf den Weltmarkt liefert und umfassende Wirtschaftsverbindungen mit Russland hat. Mehrere Abkommen im High-Tech-Bereich gibt es auch zwischen Russland und Frankreich (besonders im Bereich Atomenergie) sowie mit Italien, Österreich und anderen europäischen Ländern, fährt die Expertin fort.

Dennoch können europäische Länder jetzt nicht direkt auf die Unterstützung der US-Sanktionen verzichten. „Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens hängen die europäischen Länder stark von der US-Wirtschaft ab. Zweitens sind die europäischen Staaten heute sehr gespalten, jeder hat eigene Interessen. Auch innerhalb der Länder erfolgen neue politische und wirtschaftliche Prozesse“, sagte Karpowa. Einzelne europäische Unternehmen würden unter diesen Bedingungen anscheinend weiter mit Russland arbeiten, vielleicht in einer verschleierte Form.

Der Expertin zufolge werden die neuen Sanktionen den russischen Währungsmarkt wohl kaum treffen. Ein starker Anstieg des Dollar- bzw. Euro-Kurses gegenüber dem Rubel sei kaum zu erwarten, weil der russische Export nicht von den Sanktionen abhängt.

Wie der russische Energieminister Alexander Nowak betonte, schaffen die Sanktionen Russland nur zusätzliche Möglichkeiten für die Entwicklung seiner eigenen Industrie.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**, bleibt **aber kontrollierbar**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von Kalinowo und Logwinowo. Beim Beschuss haben die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser und Schützenpanzerwaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 56 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Bolotennoje wurde eine Einheit aus dem 19. Spezialregiment für elektronische Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Diese Einheit führt Maßnahmen zum Monitoring der Kräfte der Volksmiliz der LVR durch, um Personal, Stationierungsorte und die Lage der Einheiten der Volksmiliz festzustellen.

Es wurde festgestellt, dass ein Mörserzug aus der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte eine provisorische Feuerposition im Gebiet von Trjochisbjonka und ein Mörserzug der 54. Brigade eine provisorische Feuerposition im Gebiet von Swetlodarskoje eingenommen hat. Die Einnahme von Feuerpositionen durch Mörserseinheiten

führt der Gegner durch, um provokative Beschüsse des Territoriums der Republik durchzuführen und die Anspannung der Situation zu fördern.

Im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ bestätigt sich die Stationierung von Einheiten des 8. Spezialregiments und 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte gehen der ungesetzliche Handel mit Waffen und Munition weiter.

Im Nowoajdarskij-Bezirks wurde ein 56 Jahre alter örtlicher Einwohner festgenommen, nachdem Mitarbeiter der Polizei in seinem Haus Patronen des Kalibers 5,45mm und zwei F1-Granaten gefunden hatten. Nach den Worten des Mannes sind einen Tag vor der Durchsuchung drei ukrainische Soldaten zu ihm gekommen und haben ihn gebeten, die Patronen und Granaten gegen Lebensmittel und Alkohol einzutauschen. Mit bewaffneten Personen wollte er nicht streiten und hat den Tausch durchgeführt.

Jetzt droht dem Mann eine Strafe nach Paragraph 263 des Strafrechtsbuchs der Ukraine „Ungesetzlicher Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoffen“. Derzeit wird nach den Soldaten gefahndet, die die Munition absetzen.

de.sputniknews.com: US-Journalist spricht Klartext über Stimmung auf der Krim Westliche und ukrainische Politiker verschweigen es lieber. Und die Medien erst recht. Für den Amerikaner aber, der die Krim besucht hat, steht fest: „Die meisten Menschen auf der Krim haben den Anschluss an Russland unterstützt und würden es wieder tun“, sagte der US-Journalist Lucian Kim im Gespräch mit dem Hörfunksender „NPR“.

Ja, die Halbinsulaner kritisieren die Korruption, die wirtschaftlichen Probleme. Aber: „Die meisten glauben, in der Ukraine sei es sehr viel schlimmer. Und wenn sie den Krieg, der in der Ostukraine andauert, sehen, sagen sie, ihnen sei zumindest das erspart geblieben“, so Kim laut dem Blatt.

Er habe auf seiner Reise, und zwar in Simferopol, nur einen einzigen Menschen getroffen, der die Halbinsel verlassen wolle.

Eine klare Haltung haben die Menschen auf der Krim demnach auch zu ihrem Präsidenten: „Für die Bürger der Krim hat Putin die Halbinsel mit Russland wiedervereinigt und damit eine historische Mission erfüllt“, sagt der US-Journalist.

Zudem habe die russische Regierung bereits viel Geld in die Infrastruktur der Halbinsel investiert: Schulen, Kindergärten, Straßen und Krankenhäuser seien gebaut worden, mehrere Kraftwerke sollen bald ans Netz gehen, sagte Kim.

Das größte Problem der Menschen auf der Krim ist laut dem US-Journalisten der Preisanstieg. Doch sei die Lösung schon in greifbarer Nähe: Mit der Eröffnung der Krim-Brücke soll sich die Lage bessern.

Dnr-online.ru: Presskonferenz des Kommunikationsministers der DVR Wiktor Jazenko und des Direktors des Mobilfunkoperators Phönix Andrej Rudnitschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Wiktor Jazenko kommentiere die Entscheidung, den Verkauf von Startpaketen des republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“ auf zwei Stück pro Person zu beschränken. „Diese Entscheidung hängt mit dem Versuch zusammen, Spekulationsinitiativen einiger unternehmender Bürger zu beschränken, die so versuchen, an den Problemen ihrer Landsleute zu verdienen. Wenn Sie sich erinnern, hatten wir früher schon einmal solche Beschränkungen. Ich hoffe, dass wir bald, wenn die Situation sich stabilisiert hat, zu der Praxis „fünf Pakete pro Person“ zurückkehren können oder überhaupt jede Beschränkung aufheben“, sagte der Minister.

Nutzer des Mobilfunkoperators Phönix berichten, dass bei ihnen Anrufe angeblich vom Operator des Kommunikationsministerium eingehen, der sie bittet, ihren Namen, die Passdaten und die Nummer der Sim-Karte, die sie auf diesen Pass gekauft haben, anzugeben. Das Kommunikationsministerium ist an solchen Anrufen nicht beteiligt.

„Wir rufen unsere Abonnenten nicht an und fragen schon gar nicht irgendwelche persönlichen Daten ab. Deshalb wende ich mich an die Einwohner der DVR mit der Bitte, außenstehenden Personen keinerlei persönlichen Daten per Telefon mitzuteilen“ sagte Wiktor Jazenko. In solchen Fällen halten Sie die Mobilfunknummer fest, von der der Anruf einging und teilen Sie diese über eine der u. a. Nummern mit.

Die Führung der ukrainischen Gesellschaft „Vodafone“ hat sich geweigert, mit Behörden oder Gesellschaften der DVR zusammenzuarbeiten.

„Die Vertreterin der Gesellschaft „Vodafone“ Wiktorija Ruban hat in einem Interview mit Radio „Swoboda“ erklärt, dass es von Seiten der DVR keinerlei offizielle Einladung gab, anzureisen und die Funktion der Stationen zu kontrollieren, es habe nur eine Kommunikation in den sozialen Netzwerken gegeben. Dabei erklärt „Vodafone“ in seinen Kommentaren offiziell, dass sie keinerlei Anträge, auch keine offiziellen“, annehmen werden. Für sie haben beliebige Anträge von uns keinerlei Bedeutung.

Zusätzlich haben wir unseren Bedarf an technischer Wartung und Verifizierung des Netzes bekannt gegeben. Aber Ruban hat geantwortet, dass dies unmöglich ist. Das bestätigt die Tatsache, dass die Gesellschaft „Vodafone“ nicht an einer Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen oder der Arbeit auf dem Territorium der DVR interessiert ist“, sagte Wiktor Janzenko.

Das Kommunikationsministerium der DVR hat der Führung der ukrainischen Gesellschaft „Vodafone“ vorgeschlagen, eine alternative Variante der Verbindung in die DVR über die RF in Betrieb zu nehmen.

„Wir haben technisch die Möglichkeit, ihr Signal „Transport“ in Rostow am Don (RF) über die Gesellschaft MTS-Rossija zu empfangen. Wenn es ihnen verboten ist, irgendwelche Kontakte mit Vertretern der DVR und juristischen Personen zu haben, so haben wir einen recht ernsthaften Vorschlag zur Möglichkeit einer „Verbindungsstelle“ in Rostow am Don, wo wir diese Verbindung aufnehmen könnten und über die Magistralen, die von der DVR kontrolliert werden, in Betrieb zu nehmen. In diesem Fall entfällt sofort das Problem der Sicherheit der Magistralenkabel an der Kontaktlinie“, berichtete Wiktor Jazenko.

„Bei der Abschaltung von „Vodafone“ war unser republikanisches Mobilfunknetz einige Tage lang überlastet. Inzwischen hat sich das Netz stabilisiert. Im Dezember-Januar haben wir die Mehrheit unserer Basisstationen in Donezk, Makejewka, Schachtjorsk, Tores und anderen Städten umgerüstet, wir haben die Zahl der Kanäle ausgeweitet. Außerdem waren wir gezwungen, notfallmäßig Basisstationen des ehemaligen Operators „Life“ in Betrieb zu nehmen. Es sind bereits 127 Basisstationen in Betrieb, die in unser Netz integriert wurden. Ich denke, dass im Verlauf von ein bis zwei Wochen eine stabile Funktion von Phönix organisiert sein wird und man beim ersten Versuch durchkommen wird“, berichtete Andrej Rudnitschenko.

„Bis heute haben wir allein im Januar 300.000 Neuanschlüsse. Zum Vergleich – im ganzen Jahr 2017 waren es 355.000. Eine solche lawinenartige Tendenz von Neuanschlüssen wirkt sich unmittelbar auf die Qualität der Dienstleistung aus, die wir zur Verfügung stellen können“, sagte Wiktor Jazenko.

de.sputniknews.com: Putin im Jüdischen Museum: „Antisemitismus entschieden unterbinden“  
Gemeinsam mit Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hat Russlands Präsident Wladimir Putin am Montag das Moskauer Jüdische Museum besucht, um ein starkes Zeichen gegen den Antisemitismus und gegen Holocaustleugnung zu setzen.

„Das Einvernehmen zwischen Religionen und Nationen ist die Grundlage unseres Staates“,

sagte Putin anlässlich des Holocaust-Gedenktags und des 74. Jahrestags des Durchbruchs der Leningrader Blockade.

„Die Ablehnung von Antisemitismus und aller Erscheinungsformen von Fremden- und zwischennationalem Hass bringt Russland und Israel einander näher.“

Beide Staaten gehen Putin zufolge gemeinsam gegen Geschichtsfälschung und gegen jede Neuschreibung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges vor. „Jegliche Versuche, den Holocaust und den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Faschismus zu leugnen, müssen entschieden unterbunden werden.“



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31928/66/3192866660.jpg>

ukrinform.ua: USA bereiten Lieferung von Anti-Panzer-Raketen Javelin an die Ukraine vor  
In den USA laufen Vorbereitungen für die Lieferung von Anti-Panzer-Raketen Javelin. Das gab der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, in einem Interview für Radio Free Europe/Radio Liberty bekannt. „Man braucht Zeit, um alles vorzubereiten, Objekte für die Lagerung, Modalitäten der Übergabe. Wir arbeiten gemeinsam daran, wie sie befördert und von der Armee verwendet werden“, sagte Volker.

Der Sonderbeauftragte betonte dabei, die USA wolle Lücken in den Verteidigungskapazitäten der Ukraine zu füllen, um eine weitere Verschärfung des Konflikts zu verhindern. „Ich will dabei betonen, das ist eine Verteidigungswaffe. Sie ist nur bei einem Panzerangriff nutzbar. Dann kann er neutralisiert werden. Das ist eine Verteidigungswaffe, nicht für die Offensive, nicht für den Einsatz an der Konfliktlinie“, so Volker.

Der Verteidigungsminister der Ukraine Stepan Poltorak erklärte zuvor, der genaue Liefertermin von Javelin wird nach seinem Besuch in die USA am 2. Februar bekannt.

de.sputniknews.com: Kiew erlaubt Aufenthalt von Nato-Einheiten in Ukraine

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat ein Gesetz unterzeichnet, laut dem Truppeneinheiten anderer Staaten, darunter der USA, im Jahr 2018 der Aufenthalt in der Ukraine für die Teilnahme an multinationalen Übungen erlaubt wird.

Poroschenko hatte die Werchowna Rada (Parlament) zuvor ersucht, seiner Entscheidung über den Zugang von Einheiten ausländischer Truppen auf ukrainisches Territorium für die Teilnahme an gemeinsamen Übungen zuzustimmen. Es geht unter anderem um die ukrainisch-amerikanischen Manöver „Sea Breeze 2018“ und „Rapid Trident 2018“.

Das Parlament hatte am 18. Januar ein diesbezügliches Dokument angenommen. „Das mit der

Unterschrift des Präsidenten versehene Gesetz wurde zurückgeleitet“, wird nun auf der Webseite der Rada mitgeteilt.

Demnach werden sich Truppeneinheiten der USA und anderer Nato-Staaten (bis zu 3.000 Mann mit Waffen und Kriegsgerät sowie sechs Luftfahrzeuge) bei der Übung „Sea Breeze 2018“ von Januar bis Dezember 2018 bis zu 365 Tage in der Ukraine aufhalten.

Im Rahmen der Übung „Rapid Trident 2018“ sollen Truppeneinheiten der USA und anderer Nato-Staaten sowie von Teilnehmerstaaten des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (bis zu 2.000 Mann mit Waffen und Kriegsgerät sowie 20 Luftfahrzeuge) im Zeitraum von Juni bis November 16 Tage lang in der Ukraine trainieren.

Das Gesetz sieht ferner multinationale Manöver „Light Avalanche 2018“ und „Clean Sky 2018“ sowie die ukrainisch-rumänische Übung „Riverian 2018“ vor.

Nach ukrainischem Recht ist das Agieren jeglicher Militärformationen auf dem ukrainischen Territorium verboten. Untersagt ist auch, ausländische Militärbasen in der Ukraine einzurichten. Aus diesem Grund wird für jeden Aufenthalt ausländischer Truppen in der Ukraine ein besonderes Gesetz erlassen.

[Ukrinform.ua: Regierungschef Hrojsman trifft sich mit Vertretern von Colt Canada](#)

[Der Regierungschef der Ukraine Wolodymyr Hrojsman ist heute mit Vertretern des Waffenherstellers Colt Canada Corporation zu Gesprächen zusammengetroffen.](#)

[Diese Kontakte verstärken die strategische Partnerschaft und die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Kanada, schrieb der Premier auf Facebook.](#)

[Colt Canada Corporation produziert Handfeuerwaffen für die kanadischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden.](#)

**Dan-news.info: Seit dem 23. Dezember haben die ukrainischen Streitkräfte 218 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt, teilte der Leiter der Vertreter der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.**

**In diesem Zeitraum starb ein friedlicher Einwohner, zehn wurden verletzt, es wurden 28 Häuser und Infrastrukturobjekte beschädigt.**

**Wir erinnern daran, dass am 23. Dezember 2017 die Mitglieder der Kontaktgruppe in Minsk den 17. Waffenstillstand im Donbass vereinbart haben.**

[de.sputniknews.com: Deutscher Verein startet Petition für russische Olympioniken](#)  
Viele Sportfans sind enttäuscht vom Ausschluss russischer Athleten durch das IOC. Der deutsche Verein Druschba Global e.V. möchte in einer Online-Petition diesen Enttäuschten eine Stimme verleihen und sich für Fairness und Transparenz im Antidopingkampf und im Verhältnis zu Russland einsetzen. Sputnik sprach mit einem der Initiatoren.

„Der Verein Druschba Global e.V., der seit 2016 zwei große Friedensfahrten mit rund 500 Teilnehmern aus 20 Ländern nach Russland durchgeführt hat, ruft mit einer Petition zu Fairness gegenüber russischen Sportlern beim Kampf gegen Doping auf. Sport darf dem Anliegen der Völkerverständigung keinen Schaden zufügen, ganz im Gegenteil: Er soll Menschen in Frieden verbinden“, heißt es in der schriftlichen Mitteilung des Vereins.

Für Rainer Rothfuss, einen der Initiatoren der Petition auf der Plattform change.org, ist klar: Die Weltgemeinschaft muss sich mit den Sportlern aus Russland solidarisch zeigen.

„Bei den Olympischen Spielen in Pyeongchang sind Sportler aus Russland betroffen, die noch nie positiv getestet worden sind. Da haben wir eine ganz klare Verletzung von Rechtsgrundsätzen, die in jedem Rechtsstaat, in jeder Demokratie anerkannt sind. An dem Aufschrei, den diese Verletzung der rechtsstaatlichen Prinzipien erzeugt, können wir messen, wie gut die Weltgemeinschaft zusammenhält, sich solidarisiert und als Souverän agieren kann. Denn im Sport haben wir eine Art ‚Weltregierung‘: Das IOC kann Entscheidungen treffen,

und es gibt kein einziges Gericht, das es stoppen könnte.“

Da auch der Internationale Sportgerichtshof CAS vom IOC gegründet worden sei, müsse eine andere unabhängige Instanz her, um über die Entscheidungen des Olympischen Komitees zu befinden. In seiner Petition schlägt der Verein den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als übergeordnete Instanz vor.

Konkret kritisiert Rothfuss, dass eine Bestrafung der russischen Sportler ohne Vorlage einer lückenlosen Beweisführung erfolgt ist. So etwas dürfe weder mit Russland noch mit einem anderen Teilnehmerland passieren. Deswegen setze sich sein Verein vor allem für Transparenz und Fairness im Antidopingkampf ein.

„Es geht uns nicht allein um die Winterspiele 2018, sondern grundsätzlich um den olympischen Gedanken. Der Aufschrei 2016 war offenbar nicht laut genug, und wir hätten zwischenzeitlich sehr wohl die Zeit gehabt, seitens der Weltöffentlichkeit so viel Druck auf die Entscheidungsträger in Lausanne auszuüben, dass sie sich in Zukunft anders gebärden und ihre Entscheidungen fairer begründen. Deswegen ist es uns durchaus wert, uns für die zukünftigen Olympischen Spiele einzusetzen.“

Mit seiner Petition habe der Verein Druschba Global e.V. noch nicht den erhofften Lawineneffekt losstreten können, aber Rainer Rothfuss ist optimistisch, dass sich noch mehr Sportbegeisterte den bisherigen etwa 1000 Unterzeichnern anschließen werden. Die Petition werde während der Olympiade weiterlaufen und in Kürze auch auf Englisch und Russisch erscheinen.

Bei den Spielen in Pyeongchang werde er sich vor allem die gemeinsamen Auftritte Nord- und Südkoreas ansehen, so Rothfuss. „Genau in diesem Sinne sollten die Olympischen Spiele Menschen zusammenbringen. Menschen, die politisch zerstritten sind, sich aber im Sport vorbehaltlos begegnen können.“

Lug-info.com: Das Staatssicherheitsministerium der LVR hat eine Liste von Mitgliedern von Diversions- und Erkundungsgruppen, die in der Ukraine zur Ausführung von Spezialaufgaben auf dem Territorium der LVR, DVR und der Republik Krim gebildet wurden, erhalten. Dies teilte die Leiterin des Zentrums für Verbindungen mit der Öffentlichkeit des MfS Jewgenija Ljubenko mit.

„Das MfS der LVR hat auf operativem Weg Informationen über die Bildung von ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppen zur Durchführung von Spezialaufgaben auf den Territorien der Volksrepubliken des Donbass sowie auf dem Territorium der RF in der Republik Krim erhalten“, sagte sie.

„Im Verlauf einer komplexen operativen Ermittlungsmaßnahme haben wir eine Liste von Soldaten erhalten, die zu den Diverions- und Erkundungsgruppen gehören. Auf ihr stehen Soldaten des 8. Regiments Spezialregiments der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, die in der „ATO“-Zone aktiv sind, eine Ausbildung im Bereich von Diversion und Erkundung durchlaufen haben und Kampferfahren haben“, fügte Ljubenko hinzu.

Auf der Liste der Mitglieder Diversions- und Erkundungsgruppen stehen: (es folgt eine Liste mit 16 Personen mit vollständigen Namen und Geburtsdatum - Anm. d. Übers.).

Diese Informationen hat auch der zuvor vom MfS festgenommene Soldat des 8. Spezialregiments der ukrainischen Streitkräfte Iwan Dejew bestätigt.

„Versucht nicht hierhin zu kommen, führt nicht die Anweisungen des Offiziers aus, der Euch Märchen erzählt und goldene Berge verspricht, damit Ihr hierher kommt und beginnt zu kämpfen“, rief der festgenommene Diversant seine Kameraden auf.

„Denkt an die Ehre der Uniform, daran, wozu ihr in den ukrainischen Streitkräfte dient und verteidigt das Volk der Ukraine, verteidigt die friedliche Bevölkerung. Hier befindet sich auch eine friedliche Bevölkerung, die in Ruhe und Frieden leben und nicht jeden Tag an den Krieg denken will“, fügte er hinzu. „In jedem Fall wird es eine Strafe dafür geben, dass Ihr hier auf

dem Territorium der LVR Diversions- und Aufklärungsaktivitäten betreibt. Auf jeden Fall wird die Strafe unausweichlich sein. Lebt besser mit euren Verwandten und Freunden, mit euren Frauen, Müttern, erfreut euch des Lebens, und zerreißt euch nicht für jemand anderen, der euch goldene Berge verspricht und sich dadurch Medaillen und Sterne verdient“.

de.sputniknews.com: Britischer Verteidigungschef hetzte gegen Russland... um Seitensprung zu vertuschen?

Der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson hat jüngst alle Hände voll zu tun gehabt: In nur einem Tag erhob er im Gespräch mit einer Zeitung aggressive Vorwürfe gegen Russland und räumte einen Seitensprung ein. Ob das nur ein Zufall war?

„Russland ist bereit, uns zu Tausenden zu töten“ lautete der Titel von Williamsons Interview gegenüber „The Telegraph“, der dem Leser wohl Angst einflößen sollte. Darin behauptete der Minister, Russland sei gerade dabei, die Energiekabel und Pipelines zwischen der EU und Großbritannien auszuspionieren, um sie dann plötzlich zu kappen. Dabei würde laut Gavin Chaos entstehen und „Tausende Menschen“ würden ums Leben kommen.

Paul Johnson, der stellvertretende Chefredakteur von „The Guardian“, wies in einem Tweet auf einen interessanten Zusammenhang hin:

„Der neue Verteidigungsminister Gavin Williamson hatte einen arbeitsreichen Tag gestern:

— Er sagte dem ‚Telegraph‘, die Russen kommen, um uns zu töten

— Er sagte der ‚Daily Mail‘, er habe eine Affäre gehabt“

Journalist Kevin Maguire von der „Daily Mirror“ sieht hinter Williamsons Verhalten einen Versuch, die unangenehme Seitensprung-Geschichte unter den Teppich zu kehren.

„‚Mirror‘ und ‚Guardian‘ starten eine Ermittlung zu Belästigungs-Vorwürfen, also gibt Gavin Williamson der ‚Mail‘ eine mildere Version und nutzt den Russland-Deckmantel mit einem doofen Interview für ‚Telegraph‘. Hmm...“, twitterte Maguire.

Der britische Verteidigungschef hatte zuvor in einem Gespräch mit der „Daily Mail“ gesagt, er habe eine Affäre mit einer verheirateten Frau im Jahr 2004 gehabt, als er noch in der Firma Elgin & Hall in Yorkshire als Manager gearbeitet habe. Als das Liebesabenteuer ans Licht gekommen sei, habe er die Firma verlassen. Seine Ehefrau habe es geschafft, ihm zu vergeben.

Vergangene Woche hatte Williamson in einem Interview für „The Telegraph“ vor aggressiven Plänen gewarnt, die Russland angeblich gerade aushecke. Das Land habe vor, Großbritanniens lebenswichtige Infrastruktur zu vernichten und damit „Panik und Chaos“ im Land zu verursachen. Selbst britische Sicherheitsexperten bezeichneten diese Warnungen als reine Panikmache.

de.sputniknews.com: Tanker mit russischem Gas ging im Hafen bei Boston vor Anker  
Der französische Tanker „Gaselys“ mit Flüssigerdgas aus russischer Produktion ist von Schleppern von der Reede in den Hafen gebracht worden und hat am Terminal Everett bei Boston (US-Bundesstaat Massachusetts) angelegt, berichten russische Medien unter Verweis auf den Sprecher des US-Küstenschutzes Andrew Buresie.

„Ich weiß, dass der Tanker einige Tage auf Reede gelegen hat, in Entfernung von der Küste, heute Morgen wurde er in den Hafen gebracht. Er hat die Anker geworfen, Mitarbeiter des Küstenschutzes haben sich zur standardmäßigen Sicherheitsinspektion an Bord begeben“, so Buresie. Laut ihm ist bei der Inspektion nichts Beunruhigendes festgestellt worden. Wann die Entladung beginnen werde, wisse er nicht.

Der Tanker war am 24. Januar in den USA eingetroffen. Ursprünglich sollte das Schiff am Gas-Terminal Everett bei Boston am vergangenen Sonntag eintreffen, doch der Tanker hatte mitten auf dem Atlantik gewendet und Kurs auf Spanien genommen. Das französische Unternehmen Engie, dem der Tanker gehört, hatte erklärte, dies sei wegen der ungünstigen

Wetterlage geschehen.

Am Sonntag berichtete die Agentur Bloomberg unter Verweis auf das Unternehmen Kpler SAS, das die Fahrt von Frachtschiffen verfolgt, dass ein zweiter Tanker mit russischem Gas – die „Provalys“ – bald auslaufen und den Hafen bei Boston etwa zum 15. Februar erreichen werde.

Dan-news.info: Mitteilungen des bevollmächtigten Vertreters der DVR in der Kontaktgruppe, des Vorsitzenden des Volkssowjets Denis Puschilin über die heutige Videokonferenz der Untergruppe zu Sicherheitsfragen

„Die Seiten haben ihre Unterstützung zur Realisierung des Regimes der Feueinstellung bestätigt. Die Vertreter der DVR haben dabei auf der Notwendigkeit bestanden, dass die Ukraine die zuvor erreichten Vereinbarungen erfüllt, insbesondere war die Rede von der Veröffentlichung der Befehle zur Einhaltung des Regimes der Feueinstellung, die über die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gegen Personen, die dagegen verstoßen, sowie die Durchführung einer sorgfältigen Ermittlung bezüglich der Vorfälle in Dokutschajewsk und Jelenowka“, sagte Puschilin.

Außerdem wurde über Wiederinbetriebnahme des Mobilfunkoperators Vodafone diskutiert. „Obwohl der Ort des Schadens an der Leitung sich auf dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorium befindet und die friedliche Bevölkerung des Donbass am meisten unter dem Fehlen der Verbindung leidet – alte Leute, schlecht versorgte Bürger, Menschen mit Behinderung – beschuldigt die Ukraine weiter die Republik der Behinderung der Reparaturarbeiten“, heißt es in der Erklärung Puschilins.

Puschilin unterstrich, dass die Verhandlungen „auf der Sitzung der Kontaktgruppe am 31. Januar weitergehen“. Vermittler bei dieser Frage wird die OSZE sein.

de.sputniknews.com: Zukunft ohne IWF-Hilfe? – Ukrainischer Minister sieht schwarz  
Ohne Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) droht der Ukraine eine Staatspleite. Diese Meinung äußerte der ukrainische Sozialminister Andrij Rewa am Montag gegenüber dem Portal Obosrewatel.

„Wenn wir die Kooperation mit dem Fonds einstellen, dann sagen sie uns: Keine weiteren Fragen, aber geben Sie das Geld zurück. Dann werden wir entweder Mittel aus dem Haushalt bereitstellen oder eine Staatspleite verkünden müssen“, sagte Rewa und sprach sich eindeutig für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem IWF aus.

„Der richtige Ausweg heißt: Reformen durchführen und neue Kredite aufnehmen, damit die Wirtschaft die Last der Zinszahlungen nicht spürt“, betonte Rewa.

Am 19. Januar soll der Vizechef der ukrainischen Nationalbank, Dmitri Sologub, gewarnt haben, dass Kiew die Kooperation mit dem IWF auf Eis legen werde, wenn es bis Juli keine weitere Tranche erhalten werde.

Später soll Präsident Petro Poroschenko die Bereitschaft bekundet haben, mit dem IWF weiter zusammenzuwirken. Die Ukraine hat ihm zufolge ihre Verpflichtungen gegenüber dem Fonds zu 80 Prozent erfüllt und erwartet die nächste Tranche bereits im April.

Das auf vier Jahre befristete Programm der finanziellen Hilfe für die Ukraine sieht die Gewährung von 17,5 Milliarden US-Dollar vor. Im Jahr 2017 hatte Kiew nur eine Tranche von einer Milliarde US-Dollar erhalten, und zwar im April.

Der IWF hatte Kiew aufgefordert, die Rentenreform, einschließlich der Anhebung des Renteneintrittsalters, nicht zu verschieben und Strukturreformen zur Verbesserung der Business-Umgebung und zur Mobilisierung von Investitionen durchzuführen. Eine weitere Forderung des IWF läuft darauf hinaus, mit der Privatisierung und der Entwicklung des Marktes für landwirtschaftliche Nutzflächen zu beginnen.

Laut der Ratingagentur Standard & Poors muss die Ukraine im Zeitraum von 2017 bis 2020

mehr als 20 Milliarden US-Dollar Schulden samt Zinsen abbezahlen. Dies hänge jedoch davon ab, ob es Kiew gelinge, die Reformen erfolgreich durchzusetzen und einen Anteil der Schulden zu refinanzieren, hieß es.

## **Abends:**

[ukrinform.ua: Kurt Volker: Russland schließt UN-Friedensmission im gesamten Konfliktgebiet nicht aus](#)

Russland schließt die mögliche Stationierung einer UN-Friedensmission im gesamten Konfliktgebiet im Donbass nicht mehr aus. Das erklärte der amerikanische Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, in einer Telefonkonferenz für die Presse am Montag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform aus Brüssel.

„Es gibt einen Wunsch nach einem breiteren Mandat für die Friedenstruppen und nicht nur nach dem Schutz für OSZE-Beobachter, einschließlich des Zugangs zum gesamten Konfliktgebiet, darunter zum Gebiet nahe der Staatsgrenze“, sagte Volker. Er betonte, die russische Seite sei bei seinem Treffen mit Surkow am 26. Januar in Dubai in der Frage der Stationierung der Friedenstruppen im Donbass offener gewesen. Es habe aber keinen konkreten Plan gegeben. Es habe eine Diskussion über die Umsetzung gegeben. Russland mache dieses Problem von der Umsetzung der politischen Punkte der Vereinbarungen von Minsk durch Kiew abhängig. Die Ukraine fordere in erster Linie die Umsetzung der Sicherheitsvereinbarungen.

[de.sputniknews.com: Putins mächtigster Rivale? So viele russische Wähler unterstützen Nawalny wirklich](#)

Die Auszählung der verifizierten Unterschriften zur Unterstützung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny hat gezeigt, dass die Zahl der Wähler, die für den Blogger stimmen würden, um die Hälfte geringer ist als die der Volontäre seines Wahlteams. Das berichtet das russische Internetportal ridus.ru.

Grigori Schischilkin, technischer Direktor des Fonds zur Bekämpfung der Korruption und Mitarbeiter von Nawalnys Wahlteam, lüftet einige Details dessen Wahlkampagne. Bislang seien 81.750 Unterschriften für Nawalny verifiziert worden, schreibt er im Portal habrahabr.ru. Nawalny selbst spricht von 706.513 „künftigen Unterschriften“ und einer großen Zahl von Volontären.

„Künftige Unterschriften“ unterscheiden sich von „verifizierten Unterschriften“ dadurch, dass es sich im ersten Fall um die Zahl von Email-Adressen handelt, die Nutzer auf Nawalnys Portal registriert hatten. „Verifizierte Unterschriften“ sind jene Unterschriften, die Nawalnys Anhänger unmittelbar in dessen Regionalstäben hinterlassen.

Somit ist die Zahl der „verifizierten Unterschriften“ (81.750) um etwa 50 Prozent geringer, als auf der Website angezeigt, und um knapp 87,5 Prozent geringer als die der „künftigen Unterschriften“, die ebenfalls auf der Website steht, hieß es.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission Russlands wurden nach dem Stand vom 1. Juli 2016 landesweit 111.624.248 Wähler registriert. Somit wird Nawalny nur von 0,07 Prozent aller Wähler unterstützt.

Es sei daran erinnert, dass die Wahlleitung eine Kandidatur Nawalnys abgelehnt hatte, weil er vorbestraft ist. Die russische Justiz hatte dem Blogger in zwei Straffällen Unterschlagung von Geldmitteln des russischen Konzerns Kirowles und der französischen Kosmetikfirma Yves Rocher vorgeworfen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31929/09/319290907.jpg>